

# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckschrift: Tageblatt Riesa.

Gesetz Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postleitzettel: Leipzig 21286.

Große Straße Nr. 52.

Nr. 16.

Donnerstag, 20. Januar 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 10 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, monatlich 4.— Markt ohne Zuvergouge, vor Abgabe eines Druckschriften zu bestimmten Tagen und Plägen wird nicht übernommen. Preis für die 40 mm breite, 1 mm hohe handschriftliche 7 Sätze 10 Pf. Markt, Octopress 1.— Markt, Zeitungsdruck und handschriftlicher Konturdruck gleich, wenn der Betrag verfällt, durch Klage einzuziehen werden muss oder der Auftraggeber in Betrieb der Druckerei, des Telefons oder der Verbindungsseinrichtungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Habbel, Riesa; für Chefredakteur: Wilhelm Ditsch, Riesa.

**Butter betr.**

1. Abschnitt 1, gültig vom 24.–30. Januar, darf in der Stadt Riesa und in Gröba mit einem Viertel Stückchen Butter beliefert werden, da diese Blöcke infolge Butterknappheit in der Weihnachtswoche nicht beliefert werden konnten.

2. In allen anderen Orten darf nur ein Achtel Stückchen Butter verabreicht werden.

Großenhain, am 19. Januar 1921.  
121 a IV.

Der Kommunalverband.

Tonnabend, den 22. Januar, vorm. 10 Uhr sollen im Amtsgerichte Riesa 2 neue Tafelländer versteigert werden.

Der Gerichtsvollzieher.

**Stadtverordnetenwahlen betr.**

Die Wahlen der Stadtverordneten für die Stadt Riesa finden Sonntag, den 30. Januar 1921, vormittags von 9 Uhr bis abends 6 Uhr in den unten bezeichneten Wahlräumen statt.

Auf Durchführung des Wahlgeschäfts ist die Stadt in folgende 6 Stimmbezirke eingeteilt:

I. Stimmbezirk: Altmarkt, Brücke, Coniserrei, Feldstraße, Felsenauerstraße, Großenhainer Straße, Marktstraße, Meißner Straße, Poppicker Landstraße, Querstraße, Mitternau, Wasserwerk, Siegelstraße.

Wahllokal: Gutsverwaltung „Germannia“, Poppicker Str. 17.

Herr Stadtrat Moritz Berg, Vorsteher.

Herr Schneidermeister Jürgen, Stellvertreter.

II. Stimmbezirk: Alberplatz, Alberthstraße, Armenhaus, Bronhausstraße, Hauptstraße, Poppicker Platz, Poppicker Straße, Schützenhaus, Schützenstraße, Stadtkrankenhaus, Standfeststraße, Siegerstraße.

Wahllokal: „Kronprinz“, Handstraße 33.

Herr Stadtrat Bleischmann, Vorsteher.

Herr Kaufmann Wurmlich, Stellvertreter.

III. Stimmbezirk: Am Rundell, Am Technikum, Elßberg, Elßstraße, Nöserberg, Nauenerstraße, Parkstraße, Schillerstraße, Schloßstraße, Schulstraße.

Wahllokal: „Höfner“, Bismarckstraße 13a.

Herr Stadtrat Richard Richter, Vorsteher.

Herr Tapzierermeister Billing, Stellvertreter.

IV. Stimmbezirk: An der Galanstraße, Carolstraße, Friedrich August-Straße, Georgplatz, Georgstraße, Löbsterstraße, Luisenhaus, Margstraße, Niederhofstraße, Paulscher Straße, Südstraße, Wetttinerstraße.

Wahllokal: „Wettiner Hof“, Wetttinerstraße 3.

Herr Stadtrat Heinrich Seurk, Vorsteher.

Herr Kaufmann Krebs, Stellvertreter.

V. Stimmbezirk: Auguststraße, Bismarckstraße, Goethestraße, Kaiser Wilhelm-Platz, Mattheidenstraße.

Wahllokal: „Elßterrasse“, Hauptstraße 72.

Herr Kaufmann Bernhard Müller, Vorsteher.

Herr Lebner Thielemann, Stellvertreter.

VI. Stimmbezirk: An der Sedanstraße, Bahnhofsumtun, Bahnhof, Bahnhofswärterhaus, Chemnitzer Straße, Colonne, Am Holzofen, Bahnhofstraße, Reichsbachstraße, Rommelsbacherweg, Oschotterstraße, Sedanstraße, Strehlaerstraße, Wilhelmstraße.

Wahllokal: „Sächs. Hof“, Bahnhofstraße.

Herr Bahnhofswirt Adalbert Müller, Vorsteher.

Herr Stadtrat Fiedler, Stellvertreter.

## Örtliches und Sächsisches.

Riesa, den 20. Januar 1921.

\* Mieterveramtung. Gestern fand in Höpplers Hof eine Mieterveramtung statt. Nach kurzer Aussprache, in der besonders betont wurde, daß die Interessen der Mieter am besten gewahrt werden können, wenn sie durch eine mächtige Mieterorganisation vertreten würden, fand ein Antrag auf Gründung eines Mietervereins einstimmig Annahme. Durch Eintrag in die ausgestellten Listen erklärten 130 Personen ihren Beitritt. Der Verein wird in allernächstster Zeit planmäßig Gelegenheit zu weiteren Beitragsentnahmen schaffen. Bis auf weiteres sind derartige Erklärungen unter Beihaltung von mindestens 1 Mt. Aufnahmegewähr zu richten an Herrn Lokomotivführer Schmidt, Löbster 7.

\* Der Bez.-Gruppe Riesa des Deutschen Beamten-Bundes ist heute vom Ministerium des Innern die Mitteilung zugegangen, daß die Gemeinden Riesa und Gröba zur Einreichung in die Etatklasse B vorgeschlagen worden sind.

\* Konzert zum Besten der Kinderhilfe. Wir werden gebeten, darauf hinzuweisen, daß der Kartenverkauf für alle Blöcke im Zigarrengebäude Ed. Wittig, Wetttinerstraße 8, und in der Buchhandlung Joh. Böller, Hauptstraße 79 stattfindet.

\* Feuer. Gestern abend war im Maschinenraum der heutigen Möbelindustrie ein Feuer ausgebrochen, das durch Selbstentzündung entstanden war. Durch das schnelle Eingreifen der Feuerwehr wurde ein größeres Umschlagskreis des Feuers verhindert.

\* Verlegung der Forstakademie Tharandt. Dem Landtag ist eine Vorlage zugegangen über die Angliederung der Forstakademie Tharandt an die Universität Leipzig.

\* Die Kreisreibereiverordnung hat keine Lücke hier und wir wird die Ansicht vertreten, daß es nach erfolgtem Friedensschluß „Gegenstand des Kriegsbedarfs“ im Sinne der Kreisreibereiverordnung nicht mehr gibt, daß man daher mit solchen Gegenständen wuchern und Reitenshandel treiben könne, wie man wollte. Diese Ansicht ist vollkommen unrichtig. Der Begriff „Gegenstand des Kriegsbedarfs“ ist nicht in Bezeichnung auf den Weltkrieg eingeführt worden und steht sich im ganzen mit dem Begriffe solcher Gegenstände, wie zu militärischen Zwecken gebraucht werden. Wucher und Reitenshandel mit solchen Gegenständen wird noch wie vor jüngstens verfolgt und bestraft.

\* Zur Frage der Strafbarkeit der Drohung mit Beantreteneit. Hierzu hat das Reichsgericht in einer förmlich veröffentlichten Entscheidung gesprochen und folgendes ausgesetzt: Nach § 114 des Straf-G.B. wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft, wer es unternimmt, durch Gewalt oder Drohung eine Behörde oder einen Beamten zur Vornahme oder Unterlassung von Unrechtsdelikten zu zwingen. Der Begriff der Drohung im Sinne dieser Bestimmung erlaubt nicht zuverlässig, daß der Rechtsschutz als Nebel

rein persönliche Rechte für ihn in Aussicht stellt, wenn vielmehr kommen auch solche Rechte in Betracht, die das Wohl und die Sicherheit der Allgemeinheit treffen würden, und zwar jedermann dann, wenn die Leistung der von der Drohung berührten allgemeinen Interessen dem bedrohten Beamten obliegt oder wenn die Bedrohung der Interessen irgendwie eine benachteiligende Wirkung innerhalb des Arbeitskreises des Beamten zu äußern vermag. Diese Voraussetzung hat das Reichsgericht in einem Fall als erfüllt angesehen, in dem die Hilfspolizeibeamten einer Stadt vom Bürgermeister die Vornahme bestimmarter Amtshandlungen mit der Androhung verlangten, andererfalls jährlings in den Streit zu treten. Dabei hat man zugunsten der Beamten angenommen, daß sie der Meinung waren, ein Recht zum Streit zu besitzen, und daß sie sich der Rechtswidrigkeit ihres Verhaltens nicht bewußt gewesen sind.

Dies konnte jedoch an der Berichtigung nichts ändern, daß § 114 des Straf-G.B. nicht die Drohung mit einer widerrechtlichen oder gar strafbaren Handlung verlangt, sondern die freie Willensentschließung der Behörden und Beamten gegen Drohungen jeglichen Inhalts sichern will. Zur Strafbarkeit genügt es dann, daß die Angeklagten mit dem Bewußtsein gehandelt haben, daß die Furcht vor den Wirkungen des Streits geeignet war, die Willensbestimmung des Bürgermeisters zu beeinflussen, und daß just die Erregung dieser Furcht und damit einen Prolog zur seine Entschließung bezweckt haben.

\* Sächsischer Landesfleischtag. Der erste sächsische Landesfleischtag wird für den 29. und 30. d. M. von der Freien Arbeitsgemeinde für Krieger, Fliegengruppe e. V. (Geschäftsstelle Dresden, Gustavstraße 6/2) nach Dresden (Saal des Konzerthauses) einberufen. Am Sonnabend ist die nichtöffentliche Hauptversammlung des Kriegerleiterverbandes, am Abend um 8 Uhr eine öffentliche Sichtbildausschau aus Anlaß der Deutschen Lehmbautagung, veranstaltet vom Ausschuß zur Förderung der Lehmbauweise, in der Aula der Technischen Hochschule (Wismarplatz). Archivat Gustav (Berlin) spricht über Die Möglichkeiten des Lehmbaus. Die Tagung wird dann am Sonntag vormittag 9 Uhr im Saal des Konzerthauses fortgesetzt. Zusätzlich wird der Vorlesende der Freien Arbeitsgemeinde für Kriegerleiterungen e. V. Hans Vorst Kreisel (Dresden) einen Bericht geben über die Organisation der Siedler, ihre Erfahrungen und Erfolge. An das Referat schließen sich zwei Vorträge an. Oberregierungsrat Dr. Reich, Geschäftsführer der Landesfleischtagsstelle Sachsen Heim Dresden, spricht über den Aufbau des Siedlungswesens in Sachsen. Regierungsbaumeister Dr. Krauchwald, Leiter der sächsischen Betriebe für Wohnungsförderung und einer Geschäftsstelle der Siedlungsgesellschaft Dresden Stadt und Land, spricht über den Genossenschaftsbau im Siedlungswesen. Nach den Vorträgen ist eine allgemeine Diskussion mit Erledigung einfacher praktischer Anträge. Der erste Landesfleischtag des Verbandes steht im Bereich der Ausbildung der Bevölkerung über grundlegende Fragen des Heimatstätten-, Bau- und Wohnungswesens und des Verwaltungswesens der Kreisleitergedankens. Innen wieder muß

die Erfahrung gemacht werden, daß alte Behörden und Fachleute in Aufgaben nicht genügend unterrichtet sind über die geistige und praktische Organisation des Siedlungswesens in Sachsen und deshalb an ihr herantretende Siedlungslustige gar nicht oder nicht ausreichend aufklären können. Durch die Forttagungsveranstaltung soll allen interessierten Behörden, Röntgenbeamten und Fürsorger eine Gelegenheit gegeben werden, sich ernst auf dem Siedlungsbereiche vorzutragen zu machen.

\* Einstellung in die Reichswehr. Bei dem Reichswehrministerium gehen zahlreiche Bewerber um Einstellung in die Reichswehr ein. Diese müssen vom Reichswehrministerium an die Wehrkreiscommissariats weitergegeben werden, da die Einstellung in den Händen der Truppen- und Wehrkreiscommissariats liegt. Es ist deshalb einfacher, wenn die Beauftragten ihre Akten von vornehmen an den gewünschten Truppenveit oder an ein Wehrkreiscommissariat senden. Anträge auf Einstellung als Unteroffiziere sind zwecklos, da sämtliche Unteroffiziersstellen besetzt sind. Ebenso können auch Anträge Verheiraten nicht berücksichtigt werden, da Verheiraten nur in begrenzter Zahl Vermöndung finden können und diese Jahren bereits erreicht sind. Wehrkreiscommissariats befinden sich in Königsberg, Cottbus, Berlin, Dresden, Stuttgart, Münster und München.

\* Aufhebung der Verkehrssteuer für den tschechischen Elbverkehr. Das tschechische Handelsministerium teilte mit, daß es die Voranzeige erhalten habe, daß die deutsche Regierung mit dem 15. Januar die Einführung der 7 prozentigen Verkehrssteuer auf dem tschechischen Transit auf der Elbe eingestellt hat.

\* Vom Verbot der Schlachtfeste. Einige Zeitungen beweisen die Zweckmäßigkeit der durch das Landeslebensamt verfügte Unterlagung der Schlachtfeste und ähnlichen Veranstaltungen. Diese Unterlagung hat sich als im Interesse der Bevölkerung unumgänglich erwiesen. Nach Aufhebung der Zwangswirtschaft für Fleisch bestehen die noch verbleibenden Ausgaben der Regierung vor allem darin, einmal darauf hinzuwirken, daß die verfügbaren Fleischmengen möglichst breiten Kreisen der Bevölkerung zugeschoben werden und andererseits ein übermäßiges Anteilnehmen der Kreise zu verhindern. Beziehungen aber werden durch Schlachtfeste und Veranstaltungen, die den gleichen Zwecken dienen, wie sie sich auch nennen mögen, gefährdet. Die Gastronomie, die zu solchen Feste aufzutreten, zahlen jeden Preis, übersteigen sich gegenseitig und treiben die ohnehin schon bedenklich hohen Schweinepreise und damit die Fleischpreise überhaupt in die Höhe. Eine ständig zunehmende Anzahl von Schweinen wird auf diese Weise nicht so leicht der Ernährung als der Schlemmerei und Süßigkeiten zugeschoben. Das aber glaubt die Regierung hier in Sachsen, wo die Bevölkerung bei den Verhältnissen des Landes ohnehin schwerer zu kämpfen hat, als anderswo, nicht etwa ansehen zu können.

\* Zinsvergütung für Auszahlungen auf die Umlaufsteuer. Wegen der Zinsvergütung für Auszahlungen auf die noch nicht fällige Umlaufsteuer bleibt

Wählen darf nur, wer in die Wählerliste eingetragen ist. Das Stimmrecht ist persönlich und durch Abgabe von zusammengefaßten Stimmzetteln ausübt.

Abwesende können sich weder vertreten lassen noch sonst an der Wahl teilnehmen.

Die Stimmzettel sind außerhalb des Wahlraumes mit den Namen der Bewerber, denen der Wähler seine Stimme geben will, handschriftlich oder im Wege der Verstärkung zu versehen.

Die Namen auf den einzelnen Stimmzetteln dürfen nur einem einzigen der öffentlich bekanntgegebenen Wahlvorschläge entnommen sein. Streichungen und Umstellungen einzelner Namen sowie die Herauslösung von Namen, die auf keinem Wahlvorschlag stehen, berühren zwar nicht die Gültigkeit der Stimmzettel, sind aber auf das Wahlergebnis ohne Einfluß.

Die Stimmzettel müssen von weißem Papier sein und dürfen mit seinem äußeren Kennzeichen versehen sein; sie sollen 12 zu 20 cm groß sein.

Im Wahlraum dürfen Stimmzettel weder aufgelegt noch verteilt werden.

Nach 6 Uhr abends dürfen Stimmzettel weder abgegeben noch von den Wahlvorständen angenommen werden.

Ungültig sind:

1. Stimmzettel, die nicht von weißem Papier sind,
2. Stimmzettel, die mit einem Kennzeichen versehen sind,
3. Stimmzettel, die keinen oder keinen lesbaren Namen enthalten,
4. Stimmzettel, aus denen die Person keines der Gewählten unzweifelhaft zu erkennen ist,
5. Stimmzettel, die eine Verwahrung oder einen Vorbehalt gegenüber sämtlichen Gewählten enthalten,
6. Stimmzettel, die ausschließlich auf andere als die in den öffentlich bekannten Wahlvorschlägen aufgeführten Regionen lauten,
7. Stimmzettel, die Namen aus verschiedenen Wahlvorschlägen enthalten.

Die Wahlabstimmung und die Ermittlung des Wahlergebnisses sind öffentlich.

Betrifft zum Wahlraum hat jeder Wahlberechtigte, Anwärter darf niemand darin halten. Nur der Wahlvorstand darf über das Wahlgeschäft beraten und beschließen.

Zur schnelleren Abwicklung des Wahlgeschäfts bitten wir die bereits im Besitz befindlichen Wahlansichtskarten unbedingt mitzubringen.

Der Rat der Stadt Riesa, am 20. Januar 1921.

Die

## Ausgabe von Kartoffeln für Minderbemittelte.

\* Die Ausgabe der Bezugsscheine zur Entnahme der Kartoffeln wird fortgesetzt und zwar werden diese Bezugsscheine gegen Vorlegung der Brotausweisliste

Freitag, den 21. Januar 1921 an Dienjenen, die in den Brotkartenbezirken „Colo Wolf“, „Dampfbadköhne“ und „Gute Quelle“ wohnen, von 8–12 Uhr vormittags im Rathaus, Zimmer Nr. 2, ausgegeben, soweit diese Bezugsscheine nicht schon abgeholt worden sind.

Die Kartoffeln sind alsdann sofort im Feldspeicher der Firma Herm. Grubel gegen Abgabe der Bezugsscheine und sofortige Bezahlung abzuholen.

Der Rat der Stadt Riesa, am 20. Januar 1921.

Die Brotkartenausgabe Sonnabend, den 22. Januar 1921 von 5–7 Uhr nachmittags bei den Ausgabestellen.

Weida bei Riesa, am 20. Januar 1921.

Der Gemeindevorstand.

die Erfahrung gemacht werden, daß alte Behörden und Fachleute in Aufgaben nicht genügend unterrichtet sind über die geistige und praktische Organisation des Siedlungswesens in Sachsen und deshalb an ihr herantretende Siedlungslustige gar nicht oder nicht ausreichend aufklären können. Durch die Forttagungsveranstaltung soll allen interessierten Behörden, Röntgenbeamten und Fürsorger eine Gelegenheit gegeben werden, sich ernst auf dem Siedlungsbereiche vorzutragen zu machen.

\* Einstellung in die Reichswehr. Bei dem Reichswehrministerium gehen zahlreiche Bewerber um Einstellung in die Reichswehr ein. Diese müssen vom Reichswehrministerium an die Wehrkreiscommissariats weitergegeben werden, da die Einstellung in den Händen der Truppen- und Wehrkreiscommissariats liegt. Es ist deshalb einfacher, wenn die Beauftragten ihre Akten von vornehmen an den gewünschten Truppenveit oder an ein Wehrkreiscommissariat senden. Anträge auf Einstellung als Unteroffiziere sind zwecklos, da sämtliche Unteroffiziersstellen besetzt sind. Ebenso können auch Anträge



## Sächsischer Landtag.

zu Dresden, 12. Januar.

Die heutige Sitzung, die um 1 Uhr durch Präsident Prößner eröffnet wurde, beschloß sich zunächst mit einer kurzen Beratung über die Bildung eines Bau- und Handelsrates.

Ministerrätselpräsident Rautkötter beantwortete die Anfrage und berief ein Sondertheil des Reichstages, in dem mitgeteilt wird, daß das Reich die Vorbereitungen für eine gleiche Organisation in Angriff genommen habe. Infolgedessen werde die sächsische Regierung den von ihr ausgearbeiteten Entwurf vorläufig nicht an den Landtag bringen.

Es folgt die 1. Beratung über die Anträge Barthel und Gen. (Unabh.), sowie Ebert und Gen. (Kommun.) auf

### Erlass eines Amnestiegesetzes.

Abg. Menke (Unabh.).

Begründet den ersten Antrag. Seine Ausführungen bewegen sich unter denselben Richtlinien, wie sie bei früheren Anträgen erfolgt sind. Redner fordert nicht nur Amnestie für politische Vergehen, sondern auch für Verbrechen, die im Anschluß von politischen Auseinandis begangen worden sind.

Abg. Langrock (Kommun.).

Begründet den zweiten Antrag und fordert, daß das von der Regierung gegebenen Versprechen einer Amnestie schnellstens ausgeführt werde. Auch Fälle, die außerhalb der arbeitenden Klassen begangen wurden, sollen mitberücksichtigt werden. Ausgenommen seien Wucherer und Schäfer.

Gustaminister Dr. Hartmann:

Auch meine Aussöhnung ist eine genügend große politische Verhüllung eingetreten, um über die Begnadigung politischer Vergehen verhandeln zu können. Noch ist der Weg der Einzelbegnadigung bisher mit Erfolg beschritten worden. Aber auch gegen eine Amnestie werde ich nicht sein, wenn ich den Ausdruck dafür einsehen sollte. Durch Amnestien werden zuweilen jedoch recht unbedarfe Fälle geschaffen. So liegt z. B. aus Hallenstein eine Forderung vor, worin 1000 Teilnehmer einer Versammlung die sofortige Begnadigung von Max Höls verlangen; anderenfalls sei mit den schwersten Strafen drohen. Durch Drohungen werde ich mich nie, solange ich hier an dieser Stelle sehe, beeinflussen lassen. Bedeutet man, daß die Stratafate fortgesetzt gesteckt sind und im Jahre 1920 eine geradezu unerhörte Zahl erreicht haben, so wird man überzeugt sein, daß die Amnestien nicht beherrschend gewirkt haben, sondern fortgelebt auf neue gefährdet werden. Nicht nur die Proletarier dungen, sondern das zweite Biotariat im Steuerfragen hängt ebenfalls, und vielleicht noch mehr als der Arbeiter. Die Anträge auf Amnestie haben die Zahl der Gnadenflechte richtig vermehrt. Allein am vorigen Montag sind 200 Gnadenflechte beim Justizministerium eingegangen. Der Minister bittet um Verweisung der Anträge an den Auschuss.

In der Ausbrache wird ebenso nachdrücklich gegen die Amnestieanträge gepochen wie dafür. Die Rechte verlangt Rückkehr zur Autorität, während die linke Linie unbedingte Amnestie fordert. Es gibt keine politische Periode in der Weltgeschichte, die so viel Amnestien aufzuweisen hätte, als seit 1918 in Deutschland. Die vielen Amnestien reagieren vielfach auf neuen Verbrechen an, und es gibt viele, die sich das politische Männertum nur umhängen, um gewisse Verbrechen unbestraft beobachten zu können. Durch die allgemeine Amnestie würden ohne Zweifel eine Menge Verbrecher aus neuer auf die Menschheit losgelassen. Bei Staatsverminderungen kann Menschenmassen bestimmt, aber die Leute, die lebt dabei in Freude lämmen, längst begnadigt. Wenn der sächsische Staat sich verleidet ließe, den Banditen Höls zu amnestieren, so würde ein Gesicht durch ganz Europa gehen. Die Anträge gehen an den Reichsausschuss.

Der Antrag Rautkötter und Gen. (Soz.) betr. beschleunigte Durchführung der Justizreform, wird vorläufig aufdringen.

Weiter beschäftigt sich das Haus mit dem Antrag Barthel und Genossen. (Unabh.), betr. die Ausdehnung des Beuges über die

### Bestrafung der feindselichen Vergehen

und einige hiermit in Verbindung stehende Verbrechen vom 8. Februar 1834.

Abg. Menke (Unabh.).

Schont, daß es sich um das sogenannte Kontinuierungsgefecht handelt, daß in vielen Punkten verzerrt sei und nicht mehr mit den Einschauungen der Gegenwart im Einklang stehe.

Abg. Bünger (D. Wp.).

erklärt zu dem Antrag, daß das ganze Geheft aufgehoben sei und nur der Kontinuierungsparagraph bestehen, der aber

### Heimatglück.

Roman von Ludwig Rohmann.

"Dies ist Du!" sagte Prochnow mit gespanntem Grinsen, die er sich mit Anstrengung abrang, "kommt doch noch einmal einer nach mir leben." Er riekte Wannoff die abgerissene Hand entgegen. "Sei schön behandelt, Du, und wenn Du Courage hast, dann sage Dich ein Vierstüdfüchsen her zu mir. Länger hältst Du es ja doch nicht aus. Ich finde meine Gefellte selbst unerträglich und wenn ich es könnte, ich ließe vor mir davon."

Wannoff riss sich energisch zusammen. "Mensch, was Du da redst! Natürlich bleibe ich. Wirst mich sogar vor Abend nicht los. Wenn ich schon einmal da bin, muß das kommen auch lohnen."

Prochnow sah ihn aus fiebhaft glänzenden Augen boshaft an.

"Dobnen? Hast Du etwas auf dem Herzen, was vor Gott noch in Sicherheit soll? Wie wir zwei uns kennen — Du, Martha, mein Kind, los und allein. Über bleibe all hübsch in der Nähe, vielleicht brauche ich Dich."

"Ja, Vater!" Sie neigte grüßend den Kopf und ging.

Wannoff fragte, wie es Prochnow gehe. "Ach," machte er, "es lohnt nicht mehr, davon zu sprechen. Ich habe den großen Strich unter meine Lebensrechnung gemacht und bin fertig. Ich habe immer flott gelebt und bin als mein Letztag in der Sonne gegangen; nun habe ich auch vom Schatten mein Ziel abdominiert. Über daß Du mir nun zum Schlus noch die Freude machst — ! Mensch, es ist ein Glück vom alten Sonnenlang am Ziel. Was haben wir doch für Stunden mit einander verbracht, wie zwei, die hier herum in der Nachbarschaft, und in Berlin, ach, in Berlin!"

"Du mein — das ist längst auch für mich vorbei. Berlin ist all nur noch ein geographischer Begriff für mich," sagte Wannoff trübe.

"Ja, Du, abschließen müssen wir alle einmal. Vor acht Wochen habe ich zum letztenmal bei Hitler geliebt. Wunderbar, lage ich Dir. Und jetzt ist auch das vorbei. Meß!"

Er unterdrückte sich, weinte aufdringlich, schaute an und lachte auch nicht wieder darüber. Da sah er auf,

noch zur Verampfung der Unwilligen diene. Tatkraft war angewendet werden sollte, wenn die öffentliche Erkundung dadurch gehörte werde.

Wg. Frau Galinger (Dem.) tritt für den Antrag ein, weil das Geheft nicht gleichzeitig alle trifft, sondern nur die wirtschaftlichen Gewerbe.

Heute Sitzung Donnerstag mittag 12 Uhr: Zwei Anfragen über die Unterbringung von Blasius, Walther und Melcher Hirsch; Vorlage über Abänderung des Schulabschlußverleihungsgelehrtes; Vorlage über Gebäudetod; Vorlage über Abänderung des Landesbrandversicherungsgelehrtes; Vorlage über Stimmenabteilung und Vorlage über das Wahlprüfungsgelehrtes.

Herren-Schaffstelle frei Markt. 21. Obj. 1.

Die 1. Jahr alt, dünnen. Schuhb. w. b. breit. Beutl. gute nicht erwerbbar.

### Pflege gesucht.

Ausflücht. Off. erh. u. L. G. 1811 an Na-Dresden & Vogt. Leipzig.

**Heute!** Damen mit rohem

U. klein. Vermögen, welche sich gut verheiraten wollen, erholt. Ist, passende Vorläufe von Kaufleuten, Beamten, Landwirten, Handwerkern festgestellt, nachgewiesen.

Union, Berlin, Postamt 25.

**Suche sofort**

**8—10000 Mr.**

auf gute Sicherheit und 10% Zinsen. Off. unt. N. A. 6402 an das Tageblatt Riesa.

**Aufwartung**

für den ganzen Tag gefunden

**Alte Kleider**

**Kunststeinplatten**

**Spiegelscheiben**

**Hausstraße 63.**

**Bettstelle m. Strohmatratze**

**bürgernah zu verkaufen**

**Schönheitstr. 27, 1. L.**

**Herren- oder Damenrad**

**auch defekt, zu kaufen erachtet.**

**Eßzimmer**

(Eiche), bestehend aus:

1 Küchett, 1 Schrein,

1 Blühschola, 1 Umbau,

1 großen Abstellkasten,

6 Stuhlkästen

weit unter Preis

besonderer Umstände halbpreis sofort zu verkaufen.

**Oskar Moritz,**

**Haupt-Möbel-Magazin,**

**Hausstraße 63.**

**Deckbett m. Kissen**

**und Bezügen,**

**Waffenrock,**

**Gaszuglampe, neu,**

**im Auftrag bürgernah zu verkaufen**

**Gitarrent. Grönitz**

**bei Riesa.**

**Ein Läufer,**

**guter Preiser, steht zum Verkauf**

**Gohlis Nr. 48.**

**Mittelstark. Pferd,**

**passend als Einspanner, zu verkaufen**

**Colonia Nr. 7**

**bei Vanaenberg.**

**Junge tragende Siege zu verkaufen**

**Gröba, Rosenstr. 14.**

**Fuß für große**

**schlanke Figur zu kaufen erachtet.**

**Werte Angeb. in Kreis unt. N. B. 6102 an das Tgl. Riesa.**

**Guterhalten. Hinterlader**

**billig zu verkaufen.**

**Zu erste. im Tageblatt Riesa.**

**Wannoff war mit einer hilfsbereiten Gebärde aufgesprungen, aber Prochnow wehrte matt ab.**

"Doch nur, es geht ja doch nicht. Unbedingt mußt Du nicht denken, daß wir sozialistisch zu sein ist! Ich habe in meinem ganzen Leben nichts bereit und ich will auf meine letzten Tage nicht noch damit ausfangen. Da ist nun aber meine Martha, sieht Du! Die macht mir wirklich Sorgen. Ich fenne mich da nicht aus. Was die für Körde ausgeteilt hat, Du weißt es ja. Und dabei ist sie älter geworden, reifer und jünger; ist reich wie die anderen Besitzerinnen im Werder zusammen, und bleibt nun doch ganz allein auf der Welt, wenn ich nicht mehr da bin."

Wannoff rückte lebhaft näher heran.

"Ich habe mich schon lange darüber gewundert, hast Du denn nicht einmal mit ihr darüber gesprochen? Das wäre doch gerade jetzt natürlich —"

"Ich habe. Gestern Mittag wieder. Über es ist da etwas, wohinunter ich nicht komme."

"Was sagt sie denn nun?"

"Nichts. Aber doch so gut wie nichts. Ich sollte mir keine Gedanken überwegen machen und was so 'ne Gedanken mehr sind. In Ihren Augen aber liegt etwas, das steht mich immer stark und stärkerhart an, wenn ich allein bin. Du siehst Gott, wissen möchte man doch gern, was nun aus allem werden wird, was man nicht mitnehmen kann."

"Natürlich," gab Wannoff nachdrücklich zu. "Dann nochmals entschlossen einen Anlauf und schling seinen biedersten Ton an. Dein Elfe ist die Sache ja allemal bei einem Mädchen, wie Martha es ist. Sieh mal, wie zwei alten Freunden machen einem doch keinen Wind vor, was?"

"Ich denke nicht," lagte Prochnow langsam und ein Schatten der alten Verzagtheit huschte über sein verzerrtes Gesicht.

"Richtig, alter Junge. Also las uns einmal ganz offen mit einander reden. Da ist mein Junge, der Ulrich. Da gab eine Zeit, da wir so unsere Pläne hatten: der Ulrich und Martha, Damwild und Wonneberg, die sollten zusammen kommen. Also, im Laufe der Zeit ist das nun ein dicker Abstand blieb."

"Und Wonneberg ist nicht mehr Wonneberg," und Prochnow lächelte ein.

## Durchsteigerung.

Gomnabend, den 22. d. M. von vorm. 10 Uhr ab kommen im Kultus durch Untergeschosse im Trubenbergstr. 11, nachstehende gebrauchte Sesshölle aus freiwilligen Versteigerung, als: ca. 60 Stühle 8 Bänke mit Lehne, 6 Volksst. und andere Bänke, 1 runder Tisch und 5 lange Tische, 1 Dorentafel mit Stuhl, 12 eisene Beistellstühle und vieles anderes mehr.

Preise: Riesa, Möbelstr. 11.

Von Riesa, Auktionator u. Taxator.

**Familienfehllichkeit halber bleibt mein Geschäft Sonnabend geschlossen.**

**Osmin Große, Fleischermist.**

## Holzversteigerung.

Auf herrschaftlichem Vorstrevier Bornitz bei Oschatz sollen Dienstag, den 25. Januar 1921, von vorm. 9 Uhr an im Rathaus zum Schwan in Oschatz 920 siedere Stämme

18/23 cm Mittenstärke

2 Säckente 20/20

12 eis. u. bret. Stämme 14/22

1 buch. St. 60

1800 tief. Stöcke 8/27

10 tief. 8/18

40 eis. u. bret. Stöcke 10/20

20 Säckente Dreibügeln

gegen solortige Beschaltung versteigert werden. Versteigerung durch die Verwaltung.

Die herrschaftliche Forstverwaltung Bornitz-Oschatz

Vromenade 10 — Sternstr. Oschatz 214.

## Thiemes Tanzstunde.

Die diesjährigen Tanzunterrichtskurse beginnen Montag, den 24. Januar 1921, im Tanzsaal

Wittenstr. 1. 25.

# Zentral-Lichtspiel-Theater Gröba.

## Kammerlichtspiele Riesa.

Hauptstraße 1.

Ab morgen Freitag bis Montag:

### Verlorenes Spiel

Die Geschichte einer Liebe  
Drama in 4 Akten, spann., von Anfang bis Ende  
sowie ein tolles Lustspiel.  
Beginn der Vorstellung abends pünktlich 8 Uhr.  
— Sonntag ab 4 Uhr.

## Riesaer Kaffeeröstwerk Adolf Bormann

Wettinerstraße 25 Telefon 444

### Edel-Kaffee

(gerösteter hochfeiner Bohnenkaffee) in 5 Mischungen  
zu M. 32.—, 30.—, 28.—, 24.—, 22.— das Pfund  
angemäß zusammengefüllt und im eigenen Kaffeeröstwerk  
stets frisch geröstet

Seinste India-, Ceylon-, Perse, Soudong-Zee  
sehr ergiebig und beköniglich, das Pf. M. 32.—  
in Packungen zu 1/2, 1/4, 1/8 Pfund

### Kakao

deutsche und holländische Fabrikate, sehr preiswert  
das Pfund M. 20.—, 24.—, 25,50

### Haselnüsse

in Pack. zu 1/2 und 1/4 Pfund  
das Pfund M. 16.—  
sehr empfehlenswertes Nähr- und Kraftigungsmittel für  
Kinder und Erwachsene, leicht verdaulich, nahrhaft und billig

### Rum, Kognak, Liköre

in großer Auswahl zu billigen Preisen

Schokoladen, Konfitüren, Biskuits, Bonbons  
son nur ersten Fabrikaten, nicht zu verwechseln mit der jetzt  
vielfach angebotenen Marktware. Meine Besüge aus alter-  
erster Hand verbürgen meine Preiswürdigkeit

### Oetker-Marmelade

in Dosen zu 5 Pfund und 1 Pfund

### Seinste Tafel-Margarine

das Pfund M. 13.—

### Tafelöl, Rosinen, Mandeln

— sehr billig —

## Riesaer Kaffeeröstwerk Adolf Bormann

Wettinerstraße 25 Telefon 444  
Mitglied großer Waren-Bezugsvereine.

### Alfred Jentsch Eleonore Jentsch

geb. Heinrich

### Vermählte

Röderau, 19. Januar 1921.

### Herzlichen Dank

allen denen, die uns beim Heimgang unseres  
lieben Entschlafenen durch Wort und Schrift,  
sowie schönen Blumenstrauß und ehrendes Gesetz  
zur letzten Ruhestätte ihre Teilnahme bekundeten.  
Besonderen Dank Herrn Walter Balzer für die  
trostreichen Worte am Grabe, sowie Herrn Kantor  
Bek für die erhebenden Gedinge.

Dir aber, lieber Vater, rufen wir ein „Gute  
Dank“ und „Ruhe sanft“ in Deine stillle Grust  
nach.

Auguste Bauer  
Familie M. Bauer  
Familie M. Thiele,

Tanitz und Riesa, den 20. 1. 1921.

Heute zum letztenmal: Albert Bassermann. — Freitag bis Montag, d. 24. Januar:

# Die Glücksfalle

Lotte Neumann

Ein Schauspiel in 5 Akten. Nach dem gleichnamigen Roman von Fedor Dostojewski. Das ein erstaunliches Lustspiel.

Sonntag ab 2 Uhr: Jugend- und Familien-Vorstellung.

Niemand verlässt dieses Programm. — Vorsatzkarten abgeschlossen. — Ravelle.

Um gültigen Aufspruch bittet die Besitzerin Anna Bach.

## Vereinsnachrichten

Meißn., ehem. Ariesdorff. Sonnabend, 22. Jan., abends  
18 Uhr Vollversammlung Elberstrasse. Tagesordnung  
außerst wichtig, besonders Kostenfrage betreffend.

Verein der Beamten d. vorw. S. St. G. Freitag, den  
21. Jan. 21, pünktlich 8 Uhr findet die Jahreshaupt-  
versammlung im „Deutschen Herold“ statt. Zahlreiches  
Erscheinen ist wegen der Wahlen nötig.

Elberanter-Grubbe. Montag, den 24. 1. 21, 8 Uhr Café  
Wolf (vorderes Zimmer) Generalversammlung. Pünkt-  
liches Erscheinen aller Mitglieder wird unbed. erwartet.  
Theater Verein Gröba. Freitag 8 Uhr Probe, Sonntag,  
23. 1., 2 Uhr Jahreshauptversammlung.

### Gasthof Gohlis.

Sonnabend, Konzert und Ball, Anfang 7 Uhr.  
22. Januar

**Niclag** Gute Zigarren v. 50 Pf. an  
Bahnhofstr. 3a Gute Nachtabake v. 3,50 an  
Ecke Klötzerstrasse Gute Shagabake v. 3,00 an  
Zigaretten von 10 Pf. an  
Wiederbeschaffter Getrabreise.

Männergesangverein mit gemischt. Chor, Merzdorf.

Sonntag, den 23. Januar 1921

im Gasthof zum Schwarzen Bären

## Gesangs-Konzert

anschließend Ball. Hierzu werden alle Mitglieder, deren  
Angestellte sowie durch Mitglieder eingeführte Gäste herzlich  
eingeladen. Eintritt 5 Uhr. Der Vorstand.  
Karten sind bei den Mitgliedern  
und im Gasthof zu entnehmen.

## Riesaer Sportverein e. V.

Sonnabend, 22. Januar, findet im  
Saale des „Hotel Stern“ unter

## Wintervergnügen

statt. Mitglieder nebst werten Angehörigen, sowie durch  
Karten eingeschaffte Gäste herzlich willkommen.  
Große Überrundungen. Der Vorstand schafft.  
Einladungskarten sind im Cafe Barth zu haben.

# Gberschlesier!

Letzter Meldetermin zweds Eintragung in die Stimmzettel  
morgen Freitag, 21. Januar 1921.

Alle Anmeldungen sowie Urkunden und Bilder müssen bis dahin bei mir ab-  
geben werden. Auskunftsstelle Paul Wejske, Riesa, am Schlachthof.

## Nicht noch mehr heruntersetzen

kann ich die Preise meiner Schuhwaren, denn diese sind schon so niedrig  
wie nur irgend möglich bemessen. Dabei bringe ich nur prima Waren in bester  
Qualität zum Verkauf. Der ständig wachsende Kundentreis bezeugt dies am besten.

### Damenstiefel

gute Qualität  
von M. 150 an

### Herrenstiefel

sehr haltbar  
von M. 195 an

### Kinderstiefel

stabil  
von M. 39,50 an

### Tanzschuhe

äußerst schön  
Samt, Lack, Leder 85

### Damen-Haus- und

Spangen-Schuhe  
von M. 67 an

### Silberschuhe und

Bontosellen  
moll-wurm, v. M. 7,50 an

Einen großen Posten Einzelne Herren- und Damen-Stiefel und -Schuhe

habe aus meinem reichbaltischen Lager ausrangiert und stelle diese, um damit  
zu räumen, zu konkurrenzlos billigen Preisen zum Verkauf.

Ich bitte um unverzügliche Belehrung.

### Konfirmandenstiefel für Knaben u. Mädchen in großer Auswahl.

Um jedermann Gelegenheit zum Einkauf meiner Waren zu geben,  
verkaufe ich dieselben auch auf Ratenzahlungen, so daß sich selbst  
der Widerbemerkte solche beschaffen kann ohne Preiserhöhung.

Reparaturen schnell und billig.

**Nicla** Hauptstr. 39a **Schuhhaus Fortuna** Gröba  
Inh. Kurt Roßberg Georgplatz 9



## Nachruf

für unsere liebe, am 15. Januar 1921 verstorbene Jugendfreundin

# Jungfrau Liesel Sucher.

Lebewohl der Erde Leid hast Du, teure heimgegangene Jugend-  
freundin. Eine tödliche Krankheit raffte so schnell Deine Lebenstrafe  
dahin, und ließ Dich, eine gefleckte Blume, in das frühe Grab sinken.  
Um Dich weinen Deine lieben Eltern, die in Dir die schönsten Hoff-  
nungen ihres Lebens heranreifen haben. Deine einzige leide Schwester  
und überigen Auverwandten empfinden tiefschmerzlich die durch Deinen  
Heimgang entstandene Lücke, und wir, die Freunde und Freundinnen  
Deiner Jugend, trauern um Dich in Liebe und Bewein. Dein Bild  
aber, durch die Augen der Bescheidenheit und des rohkosten Fleisches  
gesiert, lebt in uns fort und wird nie verlöschen. Die zu früh Dahin-  
geschiedenen rufen wir, Deine Jugendfreunde und -freundinnen, ein  
„Ruhe sanft“ in Dein frühes Grab nach.

Wülknitz, den 19. Januar 1921.

Gewidmet von der Jugend zu Wülknitz.

## Fn. Schweinesett

Pfund 17 Mark  
solange der Vorrat reicht  
empfohlen  
Karl Wagner, Fleischermeister,  
Röderau.

## Mündeln,

Häfermehl, Häferrohden  
empfohlen Th. Doerfer.

## Blaukrautmus,

Marmelade und Kästchen

empfohlen Th. Doerfer.

## Wir empfehlen

ein großes Lager in  
Fahrrädern  
Fahrradzubehör  
Fahrraderhalteilen  
Bringmaschinen  
Walzmaschinen.

## Franz & Emil Müller

Fahrradhandlung  
Merzdorf, Fernpr. Nied. 608  
Nica, R. B. Nr. 607.

## Handwagen

sowie Fahrräder  
solideste Bauart — in allen  
Größen — zu äußerst günstigen  
Preisen.  
W. Spengler, Wilhelmstr. 6  
geg. Kaiserhof

## Gasthof Bahra.

Sonnabend, 22. Jan., lädt zur  
Ballmusik

freudlich ein W. Thalheim.

## Gasthof Striegitz.

Sonnabend, 22. Januar  
seiner Jugendball.  
Hierzu lädt freudlich ein  
Hermann Grothe.

## Generalversammlung

der Schweineversicherung  
Merzdorf und Umgegend  
Sonntag, den 23. Januar,  
nachmittag 2 Uhr  
im Gasthof zu Merzdorf.

Das Erscheinen aller Mit-  
glieder erwünscht. Fehlende,  
nicht genügend Entschuldigte  
werden mit 50 Pf. bestraft.

Der Vorstand.

Heute früh verließt ja  
und ruht nach einem arbeits-  
reichen Leben unter lieber  
Vater, Groß- und Schwieger-  
vater, der Auszügler.

## August Lorenz

im fast vollendeten 88. Lebens-  
jahr. Im Namen aller  
Hinterbliebenen

Familie Lorenz.

Ritter, den 20. Januar 1921.

Beerdigung Sonntag morg-  
tag 1 Uhr in Paulus.

Die heilige Messe um 7  
Gottesdienst.

# Beilage zum „Riesener Tageblatt“.

Redaktion und Verlag: Baumer & Winterlich, Riesa. Geschäftsräume: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Höhnel, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Nr. 16.

Donnerstag, 20. Januar 1921, abends.

74. Jahrg.

## Deutscher Reichstag.

Wd. Berlin, 19. Januar.  
Als Präsident Löbe die Sitzung um 2½ Uhr eröffnet, wenden die Bänke des Hauses noch recht große Rücken auf. Auch die Tribünen sind nur sehr schwach besetzt. Über dem Saal liegt noch Ferienstimmung, diese weicht aber rasch, als Präsident Löbe die ersten Worte der Begrüßung an die Bevölkerung richtet und des gestrigen Tages gedenkt, der 50-jährige Jubiläum des Reichs, an dem die deutschen Stände ihre Einheit begründeten. Diesem Zusammenhang ist die Geburtsstunde des ersten deutschen Reichs, gegen die Zeit ist nicht Zeit zu laufen festzuhalten, kommt der Schluß, wie haben die Stände, den Bund der Einheit zu machen und dem Tag entgegenzuarbeiten, an dem niemand mehr wegen wird, die Ehrenbürgertum Deutschlands im Range der Völker zu bestreiten. Wie leben auch mit Ruhe dem Tage entgegen, an dem das Selbstbestimmungsrecht der Völker auch den zurück von uns abgetrennten Staatsmehrheiten und auch den Völkern Österreichs zugute kommt. Erst dann wird die deutsche Einheit vollkommen sein.

Den Reichen für den verfehlten Abg. Vogel und den früheren Reichsbaumeister v. Bethmann Hollwegs hat das Haus lobend an. Der kommunistische Abg. Walzahn kann es nicht unterlassen, durch den Jurok: „Er war der Kriegsbürtig!“ den feierlichen Akt zu hören. Stürmisch protestiert aus dem ganzen Hause wießt ihn zurecht. Und Präsident Löbe läßt seine Ausführungen mit der Anerkennung der guten Absichten Bethmann Hollwegs, sodann kein Grund vorliege, ihm eine silex Ehrung zu verleihen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest Abg. Dr. Lewin (Komm.), unterbrochen von stürmischen Pfeilen des Hauses, einen Protest gegen die Erklärung des Präsidenten in Sachen der Süßigkeitssteuer.

Als Abg. Dr. Lewin seine Ausführungen geschlossen hat, bemerkt der Präsident: Ich nehme an, daß niemand aus dem Hause weiter Notiz vom Protest zu nehmen gedenkt.

Das Haus überwältigt ohne Debatte das Auslandshäfen-Gesetz, das Kolonialhafen-Gesetz u. das Verbräugungsschaden-Gesetz an den Handelsaufschluss.

Abg. Goldmann (Unabh.)

begründet sodann den Antrag der Unabhängigen,

eins von Bayern auf Grund des Art. 48 der Verfassung für Bayern getroffene Maßnahme an der Kraft zu legen.

Redner schlägt die Tätigkeit der Organe und der Einwohnerverbände und mit der bayerischen Regierung vor, ihre Soldaten aus harmlosem Feinde loszulassen. Eine Demonstration der Kriegsbeschädigten in Regensburg wurde durch Aufruf der ganzen Regensburger Garnison vereitelt, während in München gleichzeitig eine Parade der Organe stattfand. Deutlicher könne der Beweis, daß die bayerische Regierung den Ausnahmeparagraphen für ihre reaktionären Zwecke als Dokument gebraucht, nicht erbracht werden. Wenn der Reichstag nicht eingreife, mache er sich mißhändig. Die Regierung darf bei Überhaupt nur der Schildhalter des Hauses Wittelsbach.

Reichsminister Koch

betont, daß die Reichsregierung mit der bayerischen Regierung Verhandlungen eingeleitet habe, daß sie aber zu einem Eingreifen nicht in der Lage sei, jedoch hoffe, auf dem Boden der Verhandlung zu einer Verständigung zu gelangen. Die äußerste Linke unterbrach die Ausführungen des Ministers durch hämische Zwischenrufe. (Abg. Remmeli (Komm.) ruft: Handlanger der Organe! und erhält eine Flüge des Präsidenten.)

Staatssekretär Dr. Schwerner

macht nähere Ausführungen, aus denen hervorgeht, daß die Reichsverfassung in Bayern nirgends verletzt werde. Diese Auslassung erregt die äußerste Linke aus neuer zu bestreiter Zwischenrufen. Redner bemüht sich, die Berechtigung der bayerischen Regierung nachzuweisen, die landespolizeilichen Funktionen zu vervollkommen, was die Linke veranlaßt, ihm Staatsstreitigkeiten vorzuwerfen. Als Redner schlägt, daß die Kommunisten mit allen Mitteln versuchen, sich der Massenabgabe zu entziehen, kommt es zu äußersten Kurzrufen, während deren die Kurze: Räuberbande, Geißelmord! erschallen. Präsident Löbe muß erst Ruhe schaffen.

Abg. Vogel

erwidert, daß die einkurierten Maßnahmen von Landesregierungen nur zulässig seien, wenn Gefahr im Verzuge sei und der Reichspräsident nicht mehr in der Lage sei, noch rasch genug einzutreten. Beides treffe hier nicht zu. Außerdem habe die fröhliche Regierung in Bayern ausdrücklich den vorübergehenden Charakter der Maßnahme betont, während die jetzige Regierung darauf ausgeht einen Dauerzugang zu schaffen. Das bedeute einen Verfassungsbruch, der verhindert werden müsse. Redner betont, daß er keinerlei besondere Gefahr für Bayern sehe, die eine Ausrechterhaltung des Ausnahmestandes rechtfertige. Die breite Linke werde auch für irgendwelche Zwischenrufe nicht zu haben sein.

Abg. Umminger (Bayer. Bp.)

wandert sich, daß man Bayern, das doch den Ausnahmestand nach dem Kriege gründlich kennen gelernt habe, verdenke, wenn es jetzt erleichtert aufstünde, wo seine Landesregierung endlich von den Konservativen mit Maschinengewehren, von den roten Betteln in Dienstgestellt besteht seien. Von dem Ausnahmestand sei jetzt herzigst wenig zu hören. (Stürmische Protestrufe der äußersten Linken). Der Bucherparagraph sei eigentlich die einzige Folge des Ausnahmestandes und dieser sei doch gewiß im Interesse der Festhaltung der Linke zu begründen.

Reichspräsident Dr. Bell macht die Mitteilung, daß noch sechs Redner zum Worte gemeldet seien und bittet, sich kurz zu lassen.

Abg. Dr. Straßmann (Deutschland)

schildert die Vorwürfe, die gegen Bayern, dieses Land der stellbewußten Reaktion, erhoben würden. Tatsächlich werde in seinem Land so zielbewußt an der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, wie in Bayern gearbeitet. Das soll durch den Antrag erbracht werden. Was wir im Nachbarstaat erleben müssten, wollen wir nicht in Bayern erleben. Als Redner darauf zu sprechen kommt, daß das Schreiben der Linke, die Amnestie auch auf die Angeklagten aus der Räterepublik aufzudecken, in Bayern große Empörung hervorgerufen habe, folgen erneute Zwischenrufe der äußersten Linken. Die bayerische Regierung läuft Redner fort, will nur die Produktion, die regelmäßige Arbeit föhren. In Berlin, wo solches Ausnahmegesetz nicht besteht, ist erst kürzlich bei zwecklosen Demonstrationen wieder Blut geflossen. Das kommt bei uns dank unserer Verfehlungsmöglichkeiten nicht vgl. (Gemeint: Sämtl.) Wer die Gefahr des Blutvergleichs vergrößern will, der habe den Ausnahmeparagraphen auf. Das kann im übrigen nur die bayerische Regierung selbst, nicht etwa der Reichstag über die Reichsregierung. Die äußerst temperamentvollen Ausführungen des Redners, um dessen Rednerpult sich viele Abgeordnete drängten, werden fortwährend von Zwischenrufen aller Parteien begleitet. Als der Redner erklärt, alles, was aus Berlin kommt, finde in

## Die Abstimmung in Oberschlesien.

Einspruch gegen die Abstimmungsvorschriften der Entente.

Wd. Berlin, 19. Januar.

Die deutsche Regierung hat gegen die der internationalen Kommission in Oppeln erlassenen Vorschriften für die Abstimmung in Oberschlesien bei der Versammlungskonferenz und den Regierungen in Paris, London und Rom eingehend Einspruch erhoben. In der Note wird zunächst daraus hingewiesen, daß die Vorschriften vom 20. Dezember 1920 erlassen worden sind, ohne daß über ihren Inhalt mit dem deutschen Bevölkerung in Oppeln oder einer der in Oberschlesien bestehenden Organisationen des Deutschland zugehörigen Abstimmungsberechtigten in Verbindung gebracht worden wäre. Auch der vom internationalen Ausschuß genehmigte vorläufige Vertrag sei wider Erwarten bei der Ausstellung der Abstimmungsvorschriften nicht beteiligt worden, während den Polen nach zweitlässigen Meldungen Gelegenheit gegeben worden sei, ihre Wünsche anzusprechen. Die Note hebt dann hervor, die Abstimmungsvorschriften enthielten einmal unmittelbare Verlehrungen des Friedensvertrages, sodann Bestimmungen, die sich als unabillig, einleitend gegen den deutschen Teil der Stimmberechtigten gerichtet hätten darstellen, und endlich solche, die technisch undurchführbar seien. In der Auseinandersetzung wird eine Zusammenstellung der deutschen Forderungen in den einzelnen Artikel der Abstimmungsvorschriften nach einer Entschließung überreicht, in der die wesentlichen gegen die Abstimmungsvorschriften zu erhebenden Anstände dargelegt werden. Zum Schluß heißt es in der Note: Die deutsche Regierung kann die Vorschriften für die Abstimmung nicht als Grundlage für die Volksabstimmung annehmen.

Sie bittet, darauf hinzuwirken, daß sie einer Revision unterzogen werden.

## Gewerkschaften und Betriebsräte zur Arbeitslosenfrage.

Wie das „Berliner Tageblatt“ hört, sind gestern eine umfassende Konferenz der Vorstände der Freien Gewerkschaften und der Betriebsräte über die Frage der Einleitung einer

Bayern den schlechtesten Kredit, und Berlin als internationales Schiedsgericht, als die Clava Maxima der Sittenverderbnis und als die Zentrale des gefechtswidrigen Kampfes gegen die Einwohnerverbrennen bezeichnet, folgt ein erneuter Sturm auf der äußersten Linken. Redner schlägt mit einem Angriff auf den übertriebenen Centralismus, der in Berlin seinen Sitz habe und eine Überspannung des demokratischen Unitarismus bedeute. Die Reichsregierung liege nicht in Bayern, sondern in Berlin. Die Reichsrechte Bayerns habe außer allem Zweifel. Reichstreuen bedeute aber noch nicht Unterwerfung unter Berlin. Der wahre Nationalismus mit seinem Verständnis für die Eigenart der Länder sei die Hauptsaite. (Stürmischer Beifall rechts, Bischen links.)

Reichsminister Koch:

Die Erklärung des Vorredners, daß die bayerische Regierung den Anordnungen der Reichsregierung in verfassungsmäßigen Fragen nur insoweit Folge leisten werde, als Lebenschwierige Interessen des bayerischen Staates nicht beeinträchtigt würden, ist eine glatte Lüge. Die Verfassungsbücher werden kaum vorbeizukommen sein. Auswärtige Domänen spielen hier hinein. Ein Gesetzentwurf über Erhöhung der Postgebühren werde demnächst vorgelegt. Ein solcher über Erhöhung der Fernsprechgebühren werde folgen. Der Antrag des Unterausschusses, den § 43 des Reichsfinanzpfers zu erweitern und die Frist vom 31. Dezember 1920 bis 31. Dezember 1921 zu verlängern, wurde angenommen, ebenso ein Antrag auf weitergehende Erleichterungen durch Annahme von Reichsabgabenweisungen, sowie durch Kriegsanleihen.

Die Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren.

W. T. B. meldet aus Berlin: Die von einer Berliner

Mittagszeitung gekennzeichnete Nachricht, daß das Reichs-

Kabinett eine neue Gesetzesvorlage über die Erhöhung der Post-

gebühren bereits verabschiedet habe und daß die Vorlage

numehr dem Reichsrat zugehe, ferner daß die Erhöhung der

Telegraphengebühren im Verordnungswege erfolgen werde,

ist ungutstellend. Das Reichskabinett hat eine solche Gesetzesvorlage bisher nicht beraten und auch nicht verabschiedet.

Dem Reichskabinett wird die Gesetzesvorlage vielmehr erst

zugehen, nachdem das Reichsfinanzministerium den Entwurf mit dem Berichtserthalter durchberaten haben wird. Daselbe gilt von den Telegraphengebühren, die im übrigen nicht im

Verordnungswege anderweitig festgesetzt werden können, son-

dern hierzu ebenfalls des Erlasses eines besonderen Gesetzes bedürfen.

## Gegen die Berücksichtungsversuche im Eisenbahnerverband.

Der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes, der zur Beschlusshaltung über das Verhandlungsergebnis in Berlin zusammengetreten ist, bat den in den Zentraler-Ausschuß entstandenen Mitgliedern durch den nachstehenden einstimmig gefassten Beschluss ein Vertrauensvotum ausgestellt:

Der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes ist nach Kenntnisnahme über den Gang der Verhandlungen davon überzeugt, daß ein besseres Ergebnis nicht zu erzielen war. Er ist ferner der Meinung, daß seine Vertreter im Zechner-Ausschuß ihre Pflicht voll erfüllt und alles aufgedoten haben, um das Beste für die Eisenbahner herauszuholen. Aus diesem Grunde spricht er diesen Kollegen sein volles Vertrauen aus.

Eine weitere Entschließung wendet sich gegen die Berücksichtigungsarbeit der Anhänger der in Moskau gebildeten Gewerkschaftsinternationale. Diese Entschließung hat folgenden Wortlaut:

Die Vorgänge der letzten Zeit, insbesondere unlängst der jetzt zum Abschluß gekommenen Eisenbahnerbewegung, veranlassen den erweiterten Vorstand, mit aller Deutlichkeit auszugsweise, daß die Propaganda für die in Moskau gebildete Gewerkschaftsinternationale und die Bevölkerung der ihrer Leitung empfohlenen Richtlinien mit Naturnotwendigkeit zur gegenseitigen Bekämpfung der Gewerkschaftsmitglieder, zur Vohmierung der Aktionsfähigkeit und damit schließlich zur Spaltung der Gewerkschaften führen. Unter Berücksichtigung dieser Tatsache sieht sich der erweiterte Vorstand veranlaßt, zum Ausdruck zu bringen, daß Mitglieder, die eine solche Schwäche und Verseuchung des Verbandes betrachten, als Schädlinge zu betrachten sind, gegen die der Vorstand mit allen statutarisch zulässigen Mitteln vorzugehen hat.

Der erweiterte Vorstand steht auf dem Standpunkt, daß der Verband nur dann seine Aufgabe erfüllen kann, wenn er die volle Selbständigkeit seiner Entschließungen wahrt, für die das Statut und die Beschlüsse des Verbandstages maßgebend sind. Dementsprechend kommt als Funktionär nur in Betracht, wer seine Tätigkeit in der Gewerkschaft nicht von der Weisung außerhalb des Verbandes lebender Personen oder Stellen abhängig macht, sondern sich freig auf den Boden der oben klargemachten Grundsätze stellt.

Die Abstimmung über die vorstehende Entschließung erfolgte abweichend, und zwar wurde der erste Abstich gegen vier Stimmen und der zweite einstimmig angenommen. Das Abstimmungsergebnis bestätigt klar und deutlich zum

## Keine Erhöhung der Getreidepreise der Ernte 1920.

Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft teilt mit: Wie bereits wiederholt vor zuflüssiger Seite in der Öffentlichkeit hervorgehoben worden ist, entbehren die trotz aller Dementis nicht verhüllten Behauptungen von einer demnächst erfolgenden Erhöhung der Preise für Brotgetreide, Getreide und Hafer der Ernte 1920 jeder Grundlage. Richtig ist nur, daß zurzeit Befreiungen der sogenannten Indexkommission zur Feststellung der Indexzahlen über die Veränderung der landwirtschaftlichen Produktionsfaktoren, die als Material für eine Neuregelung der Getreidepreise der kommenden Ernte dienen sollen, stattfinden. Diese Befreiungen beziehen sich aber lediglich auf das Getreide der kommenden Ernte. Im laufenden Wirtschaftsjahr ist eine Erhöhung der Getreidepreise ausgeschlossen.

## Die Wünsche der Landesfinanzminister.

Im Steuerausschuß des Reichstages machte der Reichsfinanzminister Dr. Birkh. Mitteilung über die bei der letzten Konferenz der Landesfinanzminister ausgebreiteten Wünsche. Danach soll in dem Geist, in dem die neuen Steuergesetze festgestellt werden, gesagt werden, daß die Mehrauswendungen, die den Ländern und Gemeinden erwachsen, vom Reich bezahlt werden. Die Reichsregierung vertrete die Ansicht, daß den Ländern eine einmalige Zuwendung vom Reich gegeben werden sollte, damit sie in den Stand gebracht werden, die Aufbesserungen bezahlen zu

Wunschr. das bis Präsident der Deutschen Studentenschaft und ihrer Berücksichtigung im Deutschen Eisenbahnerverbande auf Granit stehen.

### Rundgebung der Deutschen Studentenschaft zum 18. Januar.

Die Deutsche Studentenschaft hat die nachfolgende Rundgebung zum 18. Januar erlassen und dem Herrn Reichspräsidenten übermittelt:

In Seiten tiefer Erziehung, schwerster wirtschaftlicher Notlage und furchtbarem innerer Kämpfe begegnet das deutsche Volk den funktionsbedürftigen Gedanken der Gründung des geistigen Reiches. In Schmerz und Trauer loben wir zusammenbrechen, was unsere Vorfahrt erschufen. Der Gedanke an die Taten der Vorfahren, die Erkenntnis der deutschen Not, die Sorge um die Zukunft des deutschen Volkes und um die Erhaltung des deutschen Geistes ist und, der deutschen akademischen Jugend, die von jetzt bereit war, sich für das Vaterland zu opfern, eine Mahnung, die Leben gemeinsam mit allen Völkern gesetzen in gegenwärtiger Rücksicht beim Wiederaufbau des Reiches zu widmen. Alles trennende liegt hinter uns! Die Sicht jedes Deutschen, über alle Segensäste der Vorfahren und Klassen hinweg dem Vaterlande zu dienen, sei der einzige Gedanke der deutschen Jugend, in deren Herzen und Händen das Schultheil unserer Zukunft liegt. Die Toten des großen Krieges verpflichten und bebenden auf immer. Die einzige würdige Erfahrung ihres Andenkens ist die hingebende Arbeit an den Nachkommen, die der harte Tag unseres Volles stellt.

Solcher Treue werden die Freuden reisen.

Wir wollen vorangehen im Kampf um den inneren Frieden!

Der Reichspräsident hat der Deutschen Studentenschaft mit folgendem Schreiben geantwortet:

Von der Rundgebung der deutschen Studentenschaft zur 50. Wiederkehr des Tages der deutschen Einigung habe ich mit Dank und Freude Kenntnis genommen. Ich wünsche und hoffe, daß der hier bekundete Wille der akademischen Jugend Deutschlands, gemeinsam mit allen Völkern in gegenseitiger Achtung am Wiederaufbau des Reiches mitzuwirken und über alle inneren Kämpfe und Unterschiede der Auffassungen hinweg in einigender Arbeit dem Vaterlande zu dienen, auf allen deutschen Hochschulen Widerhall finden und zur Tat werden möge. Dann wird das Beispiel der deutschen Studentenschaft zu innerem Frieden und einem starken Gemeinschaftsbewußtsein des ganzen Volkes weismachen und eineburgschaft werden für den Wiederaufbau unseres schwer geprägten Vaterlandes.

### Krafft über die englisch-russischen Verhandlungen.

Nach einem Telegramm aus Stockholm hat Krafft sich gegenüber dem kommunistischen "Dagbladet" über die englisch-russischen Verhandlungen geäußert: Diese hätten in der letzten Zeit sehr gute Ergebnisse gehabt. In mehreren Punkten sei man zu einer Vereinbarung gekommen. Trotzdem sei man noch sehr weit entfernt von der Lösung der drei großen Streitfragen, nämlich dem Ausbhören der bolschewistischen Propaganda, dem Goldkreis und der Unvergleichlichkeit des Geldes und der Waren, die Russland zu Handelszwecken nach England sende. Es sei klar, daß ein Handel nicht aufzuhandeln, solange diese Fragen nicht gelöst seien. Die Schlage sei zur Zeit die, daß die britische Regierung, nachdem sie die von Russland gewünschten Bedingungen abgelehnt habe, es übernommen habe, eine andere Methode zu finden, um über die Meinungsverschiedenheiten hinwegzukommen.

### Tagesgeschichte.

#### Deutsche Reich.

Eine sozialistische Regierung in Mecklenburg-Schwerin. Nachdem am Freitag im Mecklenburgischen Landtag der frühere sozialdemokratische Minister Stellung zum Ministerpräsidenten gewählt worden war, nahm in seiner gestrigen Sitzung der Landtag die Wahl der übrigen Minister vor. Es kam durch Zusammengehen der Wehrheitssozialdemokraten und Kommunisten ein rein sozialistisches Kabinett zustande. Gewählt wurden der frühere Kriegsgerichtsrat Rittweger aus Niel, der Lehrer Puls aus Wolfen, der Bürgermeister Petersohn aus Goldberg und der stellvertretende Vorsteher des Landesbehörde für Volksernährung Evers aus Schwerin. Wie Minister gehörten der mehrheitssocialdemokratischen Partei an. Vier Demokraten enthielten sich der Abstimmung.

Neuwahl des Vorsitzenden im Gewerkschaftsbund. Der Bundesvorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat anstelle des verstorbenen Karl Legien den früheren Vorsitzenden des Deutschen Hocharbeiterverbandes Theodor Neipart zum vorsitzenden Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gewählt.

Fälle von Cholera und Flecktyphus. VTB. meldet aus Berlin: Die bedauerlichen Nachrichten über das Auftreten von Seuchen und ansteckenden Krankheiten in Polen melden sich fort. So sind in Thorn Cholerafälle und Fälle von Flecktyphus vorgekommen. In Bromberg werden bereits Maßnahmen gegen die Seuche getroffen. Auch aus der polnischen Gegend werden Fälle von Cholera und Flecktyphus berichtet. Das Dorf Oberjysko im Kreise Dirschau ist wegen Flecktyphus vollständig abgesperrt. Auch im Dorf von Tschel herrschte der Flecktyphus. Die an der Grenze gegenüber Schneidemühl angefundene Einquarantierung mussten wegen Verhinderungsgefahr unterbleiben.

Die angebliche Verchwörung des ehemaligen Kaisers. Das Pariser Correo Central berichtet zu den Welbungen ausländischer Beobachter über eine angebliche Verchwörung des ehemaligen Kaisers und seines Sohnes mit: Der niederländische Regierung ist von diplomatischer Seite keine Mitteilung dieses Inhalts zugegangen. Auch die Nachricht von der Überbringung eines Kammerdiener des Kronprinzen im Hotel Lubberstraße in Amsterdam ist nicht erfunden. Die niederländische Regierung bestätigt alle Bewähr, daß der ehemalige Kaiser und sein Sohn keinerlei derartige Absichten hegten, wie sie ihnen angekündigt werden.

Die Koblenzerungen Deutschlands an Italien haben, wie dem "Spatzinger" gemeldet wird, in den Monaten Oktober und November die visschönliche Menge bedeutend übersteigen.

Die deutsch-belgischen Verhandlungen über den Rückkauf der in Belgien befindlichen Nachwerke sind ergebnislos unterbrochen worden.

Fallen der Preise für Getreismittel. In Hamburg sind die Großhandelspreise für die Getreismittel stark im Falle begriffen, besonders für Kaffee, Karo und hauptsächlich für Reis.

#### Dänemark.

Lebensmittelpreisfall in Dänemark. Auf dem dänischen Lebensmittelmarkt macht sich ein hoher Preisfall bemerkbar. Der Preis für Butter, der am Anfang des Jahres noch 8 Kronen betrug, ist im Einzelverkauf auf 6,20 Kronen für das Kilogramm gesunken. Der Preis für Trüffel, der in der vorigen Woche noch 65 Ore für das Stück betrug, ist auf 55 Ore herabgegangen, der Preis für Rindfleisch im Durchschnitt von 2,50 auf 2 Kronen für das Kilogramm gesunken. Das Pfund Schweinefleisch hat bis vor wenigen Tagen 8% Kronen gekostet, jetzt nur 7% Kronen. Selbst ist um einige Oere für Butter billiger geworden, doch erwartet man für Karo noch eine weitere Preisermäßigung, ebenso für Margarine.

Kaffee ist in den wichtigsten Preiswerken zu den neuen Preisen um eine Krone für das Kilogramm gesunken. Die Kaffeesorten nach eine durchschnittliche Preisermäßigung von 10 vom Hundert gemeldet.

#### Frankreich.

Frankreich für europäische Besiedlung. Im weiteren Frankreich herrscht das Gefühl, daß Frankreich in der französischen Politik eine Veränderung in der Richtung einer europäischen Besiedlung, des Friedens und des Wiederaufbaus durch Arbeit und Ordnung bedeutet. Mit Frankreich triumphiert die gemäßigte Tendenz.

Die größte Buntstation. Frankreich zieht darum, in der drohenden Telegraphie die Führung zu übernehmen, und in diesem Zweck wird jetzt in St. Etienne bei Lyon die größte drahtlose Station der Welt errichtet. Die Station wird nach ihrer Fertigstellung 10 Minutenstrafe haben, von denen jeder 800 Fuß hoch ist, und diese Türme werden 8 Kilometer Antennen tragen. Die Fertigstellung der Station nimmt 2 Jahre in Anspruch; doch werden ihr noch weitere östlich große Einrichtungen folgen, bis Paris in einem Radius von 50 Kilometern mit einer Kette von solchen Riesenstationen umgeben ist. Die St. Etienne-Station wird imstande sein, 24 000 Worte in der Stunde auf lange Entfernen und 48 000 Worte auf kurze Entfernen zu senden.

### Die Vereinheitlichung der Polizei.

Von Sonditus Jenichen (Hochdeutsch).

Die öffentliche Sicherheit hängt wesentlich davon ab, welche Autorität der Staat besitzt, ob er imstande ist, sich das nötige Aufsehen und die ihm gebührende Achtung mit möglichst wenig Mitteln zu verschaffen. Der alte Staat befand sich darin im großen Vorteil. Er besaß ein lebendes Heer, welches gleichsam das Rückgrat der Staatsautorität darstellte. Die Kriminalitätshilfe muß entscheiden diesen Faktor mit einrechnen. Das Leben und Eigentum des einzelnen Bürgersbewohners war entschieden lange nicht so in Gefahr, wie heutzutage.

Gegenwärtig erleben wir in Deutschland die Zeiten eines wildromantischen Banditenlebens. Das Auftreten mächtiger Räuberbanden ist keine Seltenheit mehr. Die ruhigen Bürger sind von Schrecken ergänzt. Das Wenige, was sie verlangen können, Ruhe und Ordnung, Sicherheit für Leben und Eigentum und vor allem die Möglichkeit der ungehört Arbeitsförderung, ist ihnen genommen. Wir brauchen nur in die Hände der Siedlungen zu blicken, um einen schwachen Anklage davon zu erhalten, was Tag um Tag an Herausforderungen und Angriffen in Stadt und Land, an Nebenstädten von Kosten, Nemmers, eingelassen Hößen, an Gemütläden, Bäckereien, Einbrüchen gesetzt wird. Die Polizeiberichte bringen solche "Kleinigkeiten" gar nicht mehr.

Im Jahre 1918 gab es im Deutschen Reich 500 700 verurteilte Personen. Auf 100 000 staatsbürtige Personen der Bevölkerung kamen somach 1175. Wie hoch war damals der Sicherheitsdruck? Unter Einrechnung des alten Preußischen Standes mit einer Stärke von 720 000 Mann und unter Einschätzung von 90 000 Mann der alten Ordnungspolizei bedeutete diese Schauszahl, daß 1224 Mann persönlicher Schutz auf 100 000 Einwohner kamen. Es kamen also auf 12 Schutzpersonen 11 verurteilte Personen.

Nach den neuesten Bestimmungen der Verbandsmächte sollen und verbleiben: 100 000 Mann Reichsheer und 150 000 Mann Ordnungspolizei, ausschließlich 17 000 Mann Gendarmerie. Bei einer Bevölkerungsziffer von 60 Millionen bedeutet das 410 Schutzpersonen auf 100 000 Einwohner. Das ist der dritte Teil des Schubes, den wir vor dem Kriege befahen. Die Kriminalität hat erstaunlich angestiegen, was die Justizbehörden am besten beweisen. Die Strafzahlen bei den sächsischen Staatsanwaltschaften haben im Jahre 1918 von 56 000 auf 70 000 und im Jahre 1919 sogar auf 92 000 gestiegen.

Die einzige wirksame Sicherheitsgrundsatz des Staates ist eine gute Polizei. Gut in dem Sinne, daß in ganz Europa der Bürgerschaftswohne vorherrschen ist, und das ist auch in Deutschland der Fall. Das ist aber auf Grund der gegenwärtigen Verhältnisse unserer Polizeikräfte vollkommen ausgeschlossen. Es soll hier nicht wieder die ganze polizeiliche Ohnmacht unseres Staates an den 17 verschiedenen Polizeiländern, die sich in leichter Zeit wieder um mehrere Staatsgebiete vermehrt haben, gezeigt werden, es genügt vollkommen, auf das bestehende System der Einheitsgefahr hinzuweisen, wie es für jeden Einwohner täglich sichtbar in die Erscheinung tritt. Wir haben gegenwärtig in Sachsen Stadt- und Landespolizei, Landessicherheitspolizei, Gemeinde- (Orts-) und Wohlfahrtspolizei. Letztere gibt es nur in Sachsen, anderwohl wird deren Tätigkeit als sogenannte Verwaltungsgesetzgebung aufgefaßt, was auch tatsächlich viel aufregender ist. Bereits diese bekannten Polizeikräfte tragen in ihrer dorfböschungartigen Zuständigkeitsabgrenzung nicht wenig dazu bei, daß die Unsicherheit nicht abnimmt. Alte Gelege, so die Revierförderung mit ihrem unklaren § 101, der die Polizeigewalt in den revidierten Städten regelt, und das Alte der Kommunalpolitiker an dieser angeblich für sie so bedeutenden Ortsbehörde tragen nicht wenig dazu bei, daß die Polizei immer unbestimmt beim Publikum wird und infolgedessen nicht die Unterstützung erfährt, die sie als Schutzhülle des Volkes von allen einstötigen Einwohnern erhalten müßte. Abhilfe kann am besten geschaffen werden, wenn zunächst eine Vereinheitlichung der seither bestehenden verschiedenen Polizeiinstitutionen von Staatswegen vorgenommen und wie sie seitens hervorragender Polizeikräfte seit langem angestrebt wird. Der Staat muß sich wieder zur vollen Polizeiempfehlung hinzuwenden, d. h. er muß die seinerzeit den einzelnen Gemeinden mehr oder weniger überlassene Handhabung und Ausübung der Polizeigewalt selbst in die Hand pflanzen. Das fordert energetisch das staatliche Selbstbehauptungsrecht. Es darf keineswegs dazu kommen, daß wir noch weiter in dem polizeilichen Zuständigkeitskomplex ertragen und das schließlich eine Gemeinde gegenüber der anderen die Polizeimannschaften austauscht. Das würde die Ausübung unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsrechte bedeuten und kann leicht nicht im Sinne einer noch so idealistischen Varietät liegen. Hier heißt es, daß Volk über die Kommune!

Der Staat hat infolgedessen von einem bestimmten Zeitpunkt an die gesamte bisherige Gemeindepolizei zu übernehmen. zunächst handelt es sich also um die Zurücknahme der den Gemeinden überlassenen Polizeibehörde ohne Rücksicht darauf, aus welchen Gründen die Polizeibeamten beauftragt werden. Alle kommunalen Polizeibeamten werden dadurch mittelbare Staatsbeamte. Mit Hilfe einer Landespolizei-Ordnung kann dann die gesamte bisherige Polizei zweideutig und reorganisiert werden. Hierbei können die gegenwärtigen Befehlungen der Polizei auf sozialmäßige Polizeiführung und momentan auf die örtliche Gebundenheit (oft territorialisierung der Polizei bezeichnet) im weitgehenden Maße berücksichtigt werden. Dadurch ist es die in Truppenverbänden bestehende Bürgerschaft bis zu einem gewissen Grade von selbst auf und es bleiben nur noch einige Garnisonen in den Großstädten mit vorwiegendem Ausbildungsscharakter für angehende Polizeibeamte bestehen. Ein ähnlicher und vorbildlicher Aufwand ist in Groß-Berlin geschehen worden, wo man nachdrücklich lehrte richtig von der Vereinheitlichung der einzelnen Bezirke (bzw. Bezirke genannt) ausging. Das Verordnungsrecht und die örtliche Besitztumkeit bleibt nach diesen Vorschriften zunächst unberührt, da in den revidierten Städten die bisherigen Polizeibeamte ebenfalls mittelbare Staatsbeamte werden. Im übrigen kann der Bürgermeister mit Wahrnehmung der Verwaltung,

gewisse Gewalt ausüben. Vereinheitlichung ist für die ungünstige, zu Zukünftig bestehende besondere Kurettierende, nur in Städten bestehende Mobiliarpolizei von selbst auf. In Orten mit getrennten Wohn- und Geschäftsräumen und die nunmehr vereinheitlichten Beamten erledigen die Diensttätigkeiten (Wohndienst, Erziehungsdielen und jenseitige Polizeipflege (Wohlfahrt) und in uniformierter Ordnung auf den Gebieten der öffentlichen Sicherheit, Ordnung und dem Verkehrswesen und diese uniformierte Polizei, im Gegensatz zu den lästigen Privatleistung tragenden Verwaltungsgesetzgebungen, unterliegt der von der Einheitsgefahr geforderten Sicherheitsförderung. In kleinen Orten mit getrennten Wohn- und Geschäftsräumen, in denen eine gesonderte Trennung in Sicherheits- und Verwaltungsgesetzgebung bisher nicht bestand, läßt sich eine Regelung durch Einrichtung von Verwaltungsgesetzgebungen für die kleinen Gemeinden treffen, während mehrere Kleinstädte zu einem Bezirk zusammengelegt werden. Hierbei kann auch die Landespolizei bestrebt Verwendung finden, da ihr dann sehr viel Verwaltungsgeschäft abgenommen wird und sie wieder ihrem eigentlichen Zweck der Sicherheit der rein ländlichen Bevölkerung zugeschlagen wird. Da die Verwaltungsgesetzgebung noch wie vor den Gemeinden zur Erledigung besonderer verwaltungspolitischer und mobiliarpolitischer Geschäfte zur Verfügung steht, kann durch einen Polizeialtersausgleich zwischen Staat und Gemeinde der Weg zur kostlichen, gleichmäßigen Beschäftigung der Polizeibeamten gefunden werden.

Durch eine entsprechende Decentralisation der Polizeikräfte planmäßig über das ganze Land, durch Heranziehung mechanischer Sicherungen (telephonischer Sicherheitsdienst) und durch Vereinfachung und Vereinheitlichung der Polizei kann wieder eingemessen ein Zustand der Ruhe und Ordnung in unserem engeren Heimatlande geschaffen werden. Pflicht aller einschlägigen Elemente, gleichzeitig welcher Partei- und Wohlfahrtsschule, ist es, hierin der Polizei zu helfen, damit dieselbe wieder in die Lage kommt, wirklichen Bürgersinn, die immer noch eine Sicherung unserer Bevölkerung unserer Polizeiwirtschaft und eine bessere Grundlage zur Erfüllung unserer Polizeiempfehlung als alle noch so ausgeklügelten Spezialpolizen. Der Verband Sächsischer Polizeibeamten appelliert deshalb an alle Polizeischulen, namentlich auch an die arbeitende Bevölkerung, ihn in seinen Bestrebungen nach durchgängiger Vereinheitlichung im angekündigten Maße tatkräftig zu unterstützen.

Aus unserem grossen

### Inventur-Ausverkauf

#### Abteilung:

### Herrenstoffe.

Guter wollener Stoff, braun kariert

Meter erst 110.— jetzt 40.—

Guter blauer Stoff für Kinderanzüge

Meter erst 75.— jetzt 20.—

Kaufwollener brauner Blaukaro

Meter erst 100.— jetzt 75.—

Reinwollene, gute Ware

in verschiedenen Farben u. Mustern

Meter erst bis 210.— jetzt 100.—

### Für Konfirmanden beste Kaufgelegenheit.

Geb.

Riedel

Ecke Goethe- und Schützenstraße.

### Nickritz.

Reines weißes Schweine-

mais. Pfund 15.60 Mr.

Margarine. Pfund

18.50 Mr.

Schokoladen und Kakao

zu herabgesetzten Preisen

empfiehlt

Sda. berl. Mohberg,

Nickritz.

Empfehlung für Freitag

und Sonnabend

Dr. Melch. Schweinefett

Pfund 15.50 Mr.

frisch. Ziehmargarine

im Meter 18.50 Mr.

Zucker-Casta. Pfund 5 Mr.

Mr. Kokosladen

sofort zu bestem

billigem Preise.

Gelehr. Röd.

Garniturstraße 19.

Masken - Kosäume

für Herren u. Damen verleih

Theaterz. Richter.

Miet-, Banken Str. 11, 2.

Wäschel.

sofort verleih

Wäscherei Krebs 10a, 2. o.

### Schokolade